Nr. 4 November 2014

Inhalt	Seite
Editorial	2
Ecke des Präsidenten der SP Oberaargau	2/3
Eidg. Abstimmungen	3 / 4
Abstimmungen Langenthal	5
Kolumne "Über den Tellerrand"	6
Spendenaufruf	6
UNIA / GBO	7
SP 60+	8
Aus den Sektionen	8/9
SP-nahe Vereine	10
Denksport	11
Impressum	12

Parolen zu den Abstimmungen vom 30.11.2014				
Eidgenössische Vorlagen	SPL	SP BE	SPS	Seite
- Volksinitiative «Schluss mit den Steuerprivilegien für Millionäre				
(Abschaffung der Pauschalbesteuerung)»	JA	JA	JA	4
- Volksinitiative «Stopp der Überbevölkerung - zur Sicherung der				
natürlichen Lebensgrundlagen» (auch bekannt unter Ecopop-Initiative)	NEIN	NEIN	NEIN	3
- Volksinitiative «Rettet unser Schweizer Gold (Gold-Initiative)»	NEIN	NEIN	NEIN	4
Stadt Langenthal		SP Lang	enthal	Seite
- Umwandlung der Industriellen Betriebe Langenthal in eine				
privatrechtliche Aktiengesellschaft		JA		5
- Voranschlag 2015 der laufenden Rechnung		Stimmfreig	jabe	5
- Renovation des Stadttheaters		JA		5

EDITORIAL / ECKE DES SPO-PRÄSIDENTEN

KOMMENTAR DER REDAKTIONSLEITERIN

Ein Wahlherbst vor dem Wahlherbst



Gerade diese Woche flatterte der erste Spendenbettelbrief einer Nationalrätin ins Haus und erinnerte daran, was uns die zahlreicher werdenden Initiativen der grossen Parteien schon länger ankünden: in einem Jahr stehen wieder nationale

Wahlen an. Wir können uns also auf ein Jahr voller Wahlkampf, Initiativen, Populismus und Plakate einstellen. Während die nationalen Politiker/innen bereits mit dem Wahlkampf starten, ist dieser für uns hier im Oberaargau noch relativ weit weg. Dafür wird um Langenthal in vielen Gemeinden gewählt. Überall sind Ausgangslage und Resultate sehr verschieden. Mehr dazu auf den Seiten 8 & 9.

Langenthal darf erneut über drei spannende Vorlagen abstimmen. Schon lange auf der Traktandenliste steht die Umwandlung der IBL in eine AG. Für die Sozialdemokraten/innen kein einfaches Thema. Darum liessen sich die interessierten Mitglieder vor Ort informieren. Die Theatersanierung kommt nach dem Stadtratsbeschluss auch schon jetzt vor's Volk. Dazu gibt es statt einem Text im Heft eine Beilage für die Langenthaler/innen.

Und national sind erneut Geld, Gold und Ausländer das Thema. Wollen wir die reichen Ausländer/innen derart bevorzugen, mittels einer schein-ökologischen Vorlage die Zuwanderung noch mehr begrenzen, dazu weltweit Druck auf Geburtenkontrolle machen, Hauptsache WIR sitzen auf Gold? Ich hoffe, dass die Mehrheit des Stimmvolkes diesmal vernünftig(er) entscheidet und die egoistische EcoPop-Vorlage deutlich ablehnt. Wir werden sehen. Viel Vergnügen bei der Lektüre!

Priska Grütter

ECKE DES PRÄSIDENTEN DER SP OBERAARGAU

Oberaargauer SP-ler im Grossrat

Liebe Leserinnen und Leser des Rotspechts



Wir begeben uns erneut in ein Wahljahr. Am 18. Oktober 2015 werden National- und Ständerat neu gewählt. Danach werden die Zeitungsspalten wieder voll mit Mutmassungen über die Bundesratswahlen im Dezember sein. Für Interessierte an Politik

wird es sicher ein spannendes Jahr. Die Parlamentswahlen werden auch im Kanton Bern spannend, da der Kanton Bern neu nur noch 25 Sitze im Nationalrat hat. Es ist daher ideal, dass die SP Kanton Bern mit ihren sechs bisherigen Nationalratsmitglieder und dem bisherigen Ständerat Hans Stöckli antreten kann.

Zur Frauen- und Männerliste werden eine frankophone Liste und eine JUSO-Liste aufgestellt. Insgesamt werden 100 Personen zur Wahl antreten und hoffentlich viele Stimmen sammeln. Wie viele werden aus dem Oberaargau kommen? Bist Du bereit für den Nationalrat zu kandidieren und ein temporäres Engagement einzugehen? Wenn ja, melde Dich doch bei Deinem Sektionsvorstand oder direkt bei mir. Am 31. Januar 2015 werden wir die Oberaargauer Kandidierenden zuhanden des kantonalen Parteitages nominieren. Wir wollen mithelfen, dass auch aus dem Oberaargau viele SP-Stimmen kommen!

Einige Sektionen hatten bereits Gemeindewahlen. Mit Interesse habe ich die Resultate verfolgt. Nicht überall ist es gut gekommen. Es braucht die richtige Strategie, in der ganzen Gemeinde bekannte Persönlichkeiten und auch etwas Glück. Das ist grosse Arbeit, wofür ich allen Sektionen danke. Ich gratuliere allen Gewählten in Gemeinderäte und Kommissi-



onen herzlich und wünsche gutes Gelingen in der politischen Arbeit!

Damit wir unsere Präsenz im Oberaargau festigen können, sind wir auf alle Parteimitglieder angewiesen. Macht Werbung für unsere Partei! Ich werde im Vorstand der SP Oberaargau einige Ideen präsentieren wie wir mit einem längerfristigen Programm etwas mehr SP-Präsenz in den Gemeinden organisieren können. Wir müssen auch Strategien entwickeln, wie wir in Gemeinden aktiv sein können, wo keine Ortssektion mehr aktiv ist. Ideen sind auch hier willkommen!

Zum Schluss noch ein Hinweis auf die Abstimmungen vom 30. November. Alle drei Initiativen haben grosse Auswirkungen auf die Schweiz. Die Pauschalsteuer-Initiative kennen wir. Ein Ja. Die Gold-Initiative wäre ein Schuss in die eigenen Füsse, auf denen wir stehen. Wir brauchen eine unabhängige Nationalbank. Ein Nein. Die Ecopop-Initiative will unser Bevölkerungswachstum auf 0.2 Prozent begrenzen. Ich verstehe, dass Massnahmen gegen die Zersiedelung, zum Schutz der Umwelt, flankierende Massnahmen zu den Bilateralen Verträgen usw. verlangt werden. Nur wäre ein Ja zu Ecopop ein Ja zu einer grauen Schweiz. Wir haben zu wenig Nachwuchs in der Schweiz, um in Zukunft unsere Arbeitsstellen zu besetzen. Es gibt viele Argumente dagegen. Wer unzufrieden ist, soll kein Protest-Ja einlegen, sondern ich ermutige sie politisch aktiv zu werden und sich bei unserer Partei zu engagieren. Für eine Schweiz mit Lebensqualität für alle statt für weniae!

Ich wünsche Euch einen guten Abschluss des Jahres und schon jetzt schöne Festtage!

Adrian Wüthrich, Präsident SP Oberaargau/ Grossrat/ Gemeinderat



EIDG. ABSTIMMUNGEN VOM 30. November 2014

ECOPOP-INITIATIVE

Denn sie wissen nicht, was sie tun...

Die Initiative "Stopp der Überbevölkerung – Zur Sicherung der natürlichen Lebensgrundlagen", kurz Ecopop-Initiative, verlangt eine rigorose Einschränkung der Zuwanderung. Die Vereinigung "Umwelt und Bevölkerung" (Ecopop) hat sich mit dieser Initiative zum Ziel gesetzt, dass die ständige Wohnbevölkerung der Schweiz im dreijährigen Durchschnitt maximal 0,2% durch Zuwanderung wachsen darf. Zudem sollen mindestens 10 % der Entwicklungsgelder in die freiwillige Familienplanung in ärmere Länder fliessen.

SP und Gewerkschaften sprechen sich deutlich gegen diese Initiative aus. Aus Migrantinnen und Migranten werden Sündenböcke für Umweltprobleme gemacht. Die Initiative verkennt, dass nicht primär die Anzahl Menschen entscheidend sind, sondern ihr Ressourcenverbrauch. Indem Grenzgänger /innen und vor allem auch Kurzaufenthalter/ innen von den Beschränkungen ausgenommen werden, führt die Ecopop-Initiative zudem zu einer Zunahme von prekären Arbeitsverhältnissen und Rechtsunsicherheit. Kurzaufenthalter/innen können leichter als Lohndrücker missbraucht werden. Das gefährdet die Arbeitsbedingungen aller. Die Initiative setzt in der Entwicklungszusammenarbeit auf Symptombekämpfung, statt Ursachen zu bekämpfen. Viel wichtiger wären innenpolitische Reformen zur Beseitigung von sozialer Ungleichheit und Armut sowie eine intensive Aufklärungs-, Bildungs- und Gesundheitspolitik in den armen Ländern.



Diese Initiative zielt auf einen endgültigen Bruch mit der EU hin. Man mag von der EU halten, was man will, aber wir können es uns nicht leisten, den grössten Handelspartner der Schweiz zu verlieren. Die wirtschaftlichen Folgen wären gravierend, was unweigerlich zum Verlust von Arbeitsplätzen führen würde.

Pierre Masson, Gemeinderat Langenthal und Grossrat

VOLKSINITIATIVE ZUR ABSCHAFFUNG DER PAUSCHALBESTEUERUNG

Keine Extrawurst für reiche Ausländer!



Verfassung muss für alle gelten

Die Besteuerung richtet sich nach «der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit», so steht es in der Bundesverfassung. Dem widerspricht die Bevorzugung einiger Superreicher: Unter der Bedingung, dass sie hier nicht arbeiten, müssen sie statt effektivem Einkommen und Vermögen nur einen geringen Pauschalbetrag versteuern. Sie bezahlen weniger als gleich reiche Schweizer. In mehreren Kantonen (u.a. ZH, SH, SG, AR, BL) hat das Volk in den letzten Jahren die Pauschalsteuer abgeschafft oder massiv eingeschränkt - ohne negative Auswirkungen auf den kantonalen Finanzhaushalt. Denn die Schweiz ist mehr als ein Steuerparadies - sie punktet mit hoher Lebensqualität und Sicherheit sowie mit einem erstklassigen Service public.

Mehreinnahmen dank Abschaffung

Die Abschaffung der Pauschalbesteuerung bringt Mehreinnahmen für Bund, Kantone und Gemeinden, denn die meisten der bisher pauschalbesteuerten Personen werden im Land bleiben und ganz normal Steuern bezahlen. Die Behauptung, dass bei einem Ja eine Massenauswanderung der bisher privilegierten Reichen droht, ist reine Angstmacherei.

Gerechte Steuern für alle

Die Pauschalsteuer verletzt die Rechtsgleichheit und untergräbt die Steuermoral. Zurzeit werden rund 5'500 ausländische Millionäre pauschalbesteuert – darunter immer mehr Schein-Erwerbslose, die ihre weltweiten Firmenkonglomerate von hier aus managen, obwohl dies pauschalbesteuerten Personen untersagt ist. Wir wollen keine Günstlingswirtschaft für den Geldadel!

SP Schweiz

GOLD-INITIATIVE

Nein zur Volksinitiative "Rettet unser Schweizer Gold" (Gold-Initiative)

In den letzten Tagen erhielten wir wieder eine Abstimmungszeitung mit irreführendem Inhalt. Aufgepasst! Es ist ein Komitee um die SVP-Exponenten Lukas Reimann, Ulrich Schlüer und Luzi Stamm, welches 2013 die Volksinitiative "Rettet unser Schweizer Gold" einreichte. Der verlangte neue Artikel 99a der Bundesverfassung fordert, dass die Schweizerische Nationalbank (SNB) mindestens 20 Prozent ihrer Aktiven in Gold halten muss. Zudem soll dieses Gold in der Schweizgelagert werden und unverkäuflich sein.

Die Initianten gehen von der falschen Annahme aus, dass die Höhe des Goldbestandes für die Preisstabilität relevant ist. Das dem nicht so ist, ist wissenschaftlich klar belegt und wird nur in ideologischen Zirkeln in Zweifel gezogen. Die Gold-Initiative verkörpert eine weltfremde Réduit-Haltung, die ökonomisch keinerlei Sinn macht. Durch den verlangten Mindestanteil von 20 Prozent Gold wäre die SNB permanent gezwungen, Gold zu zukaufen, wenn sich ihre Bilanz vergrössert. Heute sind 10 Prozent der Aktiven in Gold angelegt, so dass bei Annahme der Initiative die SNB ihre Goldbestände von rund 50 auf rund 100 Milliarden Franken verdoppeln müsste.



Letzte Woche wurde bekannt, dass sie über 26 Milliarden Gewinn erwirtschaftete (der Kanton Bern kann die Gewinnausschüttung gut benötigen). Der verlangte Eingriff in die Geld- und Anlagepolitik der SNB ist also nicht nötig und bringt den Bürgerinnen und Bürgern bzw. der Volkswirtschaft keinerlei Nutzen. In diesem Fall gibt es nur eines: Ein deutliches NEIN zur Volksinitiative "Rettet unser Schweizer Gold"!

Adrian Wüthrich, Grossrat/ Gemeinderat

Abstimmungen Stadt Langenthal 30. November 2014

UMWANDLUNG DER IBL IN EINE AG

SP Langenthal sagt JA zur IBL AG

Dank einer Eigentümerstrategie, welche mich überzeugt hat, kann ich heute positiv zum präsentierten Konstrukt stehen. Im Gegensatz zur Vorlage vor 9 Jahren, welche noch keine derartige Sicherung hatte, geht man davon aus, dass sich keine Investoren mit Moneten eine Mehrheit erobern können. Vorerst ist Langenthal alleinige Aktionärin der mit CHF 10 Mio Aktienkapital neu zu gründenden Aktiengesellschaft. Das Aktienkapital wird dabei aus den Reserven der IBL gebildet. Weitere Gesellschafter können nach der Strategie ausschliesslich Gemeinden sein, welche mittels Sacheinlagen einen Anteil an den IBL erwerben können. Der Anteil der Stadt darf dabei nie unter 50% + eine Aktie Eine Änderung dieser Strategie sinken. bräuchte zwingend eine neue Volksabstimmung, so dass ein Verscherbeln des Tafelsilbers so gut wie ausgeschlossen ist.



Nach meinem Verständnis handelt es sich bei der bevorstehenden Umwandlung nicht um eine Privatisierung. Die IBL sollen einfach den nötigen Spielraum erhalten um sich im rasch wandelnden Umfeld (Stichworte: Smart Grid, Wärmemarkt, Liberalisierung im Strom und im Gasmarkt, technologischer Wandel in der Kommunikation u.a.) situationsgerecht zu verhalten.

Es stimmt natürlich, dass die direkte politische Einflussnahme abnimmt. Entscheide, auch zu den Preisen von Energie und Dienstleistungen, werden in Zukunft durch den Verwaltungsrat getroffen. Mittelbar ist jedoch, durch die Regulierung auf Stufe Eidgenossenschaft, die Politik nach wie vor in der Lage allenfalls überbordende Energien des VR zu kanalisieren.

Für das Personal ändert sich fast nichts. Die Anstellung erfolgte bereits jetzt nach OR. Ein GAV, welcher als Vorgabe im Ausgliederungsvertrag enthalten ist, regelt das Vorgehen bei Streitigkeiten.

Die Pensionskasse bleibt wie bis anhin diejenige der Stadt.

Ich plädiere für ein überzeugtes JA!

Paul Bayard, Stadtrat und IBL-Verwaltungsrat

VORANSCHLAG 2015 STADT LANGENTHAL

Voranschlag 2015 der Stadt Langenthal

Der Voranschlag 2015 rechnet für 2015 mit einem Defizit von 9,85 Mio. Franken. Davon sind Fr. 4 Mio. auf freiwillige Abschreibungen zurückzuführen. Es verbleibt ein strukturelles Defizit von mehr als 5 Mio. Franken Mit einer umfassenden



Aufgabenprüfung wird untersucht, ob Spielraum besteht, die Aufwendungen zu senken. Voller politischer Spielraum besteht jedoch nur bei ca. 8% der Aufwendungen oder etwas mehr als 8 Mio. Franken. Es handelt sich dabei um Anlässe wie Bundesfeier, Jungbürgerfeier oder Fasnacht, Vereinsbeiträge, Beiträge an Politische Parteien etc. Nur mit ausgabenseitigen Kürzungen wird es also kaum möglich sein, das Defizit zu beseitigen. Es muss auch einnahmeseitig etwas geschehen. Mit der gegenwärtigen Steueranlage von 1.38 vergeben wir leichtfertig die Möglichkeit, auch weiterhin in die Zukunft zu investieren.

An unserer letzten Parteisitzung haben wir deshalb zum Voranschlag Stimmfreigabe beschlossen. Wir möchten verhindern, dass die Kürzungen nur ausgabenseitig gemacht werden. Eine kulturell vielfältige, lebendige Stadt ist uns wichtig und wir sind eigentlich sehr erstaunt, dass unsere bürgerliche Ratsmehrheit das nicht so sieht; helfen sie doch immer tüchtig mit, wenn es um's Lancieren von Grossprojekten wie z.B. den ESP Bahnhof geht. Wir werden sehen, ob wir

überhaupt noch in der Lage sind, dieses Projekt ohne Eigenkapitalpolster zu realisieren.

Samuel Köhli, Stadtrat und Mitglied Finanzkommission

Über den Tellerrand



Die
Schulbildung ist in
aller Munde. In dieser
Kolumne möchte ich den
Fokus auf die kreativen
Fächer in der Schule
legen, denn ohne diese
verstärkt sich soziale
Ungerechtigkeit.
Hä? Was haben kreative

Fächer mit sozialer Ungerechtigkeit zu tun?

Pierre Bourdieu stellt in seinem Aufsatz "die feinen Unterschiede" den Zusammenhang her. Die Kultur unterteile laut Bourdieu die Gesellschaft in Geschmacksgemeinschaften. So gibt es Menschen, die gerne an Rotwein nippend über Gemälde von Mondrian diskutieren; andere präferieren traditionelle Klänge; dritte erfreuen sich an banaler Popmusik. Die Geschmäcker sind verschieden, was grundsätzlich kein Problem darstellt. Das Problem beginnt da, wo ein Geschmack in der Gesellschaft zu Vor- oder Nachteilen führt, da er nicht der Leitkultur entspricht.

Bourdieu ging nun der Frage nach, wie sich diese Geschmacksgemeinschaften bilden und reproduzieren. In seinen Studien bemerkte er, dass die ästhetische Sozialisation meist von den Eltern mitgegeben wird. Damit reproduzieren sich in der Familie tiefgreifende gesellschaftliche Strukturen und schliesslich eben soziale Ungerechtigkeit. Beispielsweise indem das Verständnis für andere kulturelle Gruppierungen fehlt.

Es ist schwierig die Grenzen der eigenen Geschmacksgemeinschaft zu durchbrechen, gehören ästhetische Werte doch zu den stabilsten. Hier muss gemäss Bourdieu die Schule eine verantwortungsvolle Aufgabe übernehmen. Sie muss gewährleisten, dass das ästhetische Repertoire der Individuen grösser ist, als es die Familie ermöglicht. So ist es den Schülern und Schülerinnen möglich sich in den kulturellen Verwebungen der komplexen Gesellschaft besser zu orientieren die Grenzen der Geschmacksgemeinschaften zu durchbrechen.

Im kreativen Unterricht wird also nicht "nur" musiziert und gezeichnet. Nein, im vielfältigen Unterricht werden Grenzen überschritten und das Zusammenleben gestärkt. Deswegen ist

es wichtig, dass die kreativen Fächer auch künftig ihren Platz in der Schulbildung erhalten.

Valerie Moser ist Slam Poet und soziokultureller Animator bei ToKJO. Er hat das Philosophie-Festival ins Leben gerufen und belebt auch sonst immer wieder aktiv das Langenthaler Kulturleben.

Spendenaufruf

Liebe Rotspechtleserin, lieber Rotspechtleser

Das Jahr **2014** gehört schon bald der Vergangenheit an. Eidgenössische Abstimmungen in den Bereichen Gesundheitswesen, Ausländerpolitik sowie Finanzielles (Gripen) und die Wahlen in den Grossen Rat prägten dieses Jahr die Urnengänge.

Im **2015** stehen wieder Wahlen an. Wir haben das eidgenössische Parlament zu bestimmen. Es wird wie jedes Jahr ein Gerangel um jeden Sessel geben. Lassen wir es auf uns zukommen.

Wie bei allen Abstimmungen erläutern wir auch in dieser RotSPechtausgabe die anstehenden Themen und veröffentlichen unsere Meinungen. Wir wollen mit unserem RotSPecht keinen Gewinn erwirtschaften, versuchen jedoch die Kosten zu decken. Dies gelingt uns unter anderem mit Ihren Spenden. Wir legen daher in dieser Ausgabe einen Einzahlungsschein bei und danken Ihnen für Ihre Spende. Das eingehende Geld wird vollumfänglich für die Zeitung verwendet.

Ich wünsche Ihnen eine ruhige Adventszeit und besinnliche Weihnachten.

Freundliche Grüsse

Stefan Ryser, Präsident SP Langenthal



UNIA/GBO

TiSA – Das Geheimdokument

Das "Trade in Services Agreement" (TiSA) ist ein Abkommen über den Handel mit Dienstleistungen und es besteht aus einer Sammlung von Vereinbarungen in Form eines völkerrechtlichen Vertrags zwischen 23 Parteien, inkl. den USA und der Europäischen Union. Ziel ist die Beseitigung von Handelshemmnissen im Dienstleistungssektor.

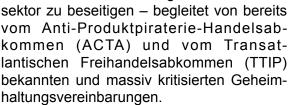
Ursprünglich war das Abkommen ein Vorschlag der USA. Die Verhandlungen über die verschiedenen Vertragsbedingungen laufen seit Anfang 2012. Alle Sitzungen finden in Genf statt. Seitdem haben verschiedene geheime Verhandlungstreffen stattgefunden. Diese fanden ausserhalb von üblichen Orten, wie WTO-Einrichtungen statt, etwa in der australischen Botschaft. Die Teilnehmer wollen, die Verhandlungspapiere frühestens fünf Jahre nach Abschluss des Vertrags der Öffentlichkeit präsentieren.

Am 19. Juni 2014 veröffentlichte die Enthüllungsplattform Wikileaks einen bisher geheim gehaltenen Vertragsentwurf zu TiSA auf ihrer Website. Auf diesem Dokument erscheint die von den Parteien vereinbarte Bestimmung zur Vertraulichkeit des Verhandlungsverfahren, nämlich: Die Geheimhaltung endet fünf Jahre nach Inkrafttreten oder, falls TiSA nicht in Kraft treten sollte, fünf Jahre nach Ende der Verhandlungen. Nur die Schweiz hat alle seit Juni 2012 eingegebenen Verhandlungspositionen veröffentlicht. Die Abkommen sind im PDF Format auf der Website des SECO (http://www.seco. admin.ch) einsehbar.

Die öffentlichen Dienstleistungen wie die Gesundheits-, Wasser- und Energieversorgung sowie die Bildung, der Finanz-

sektor und allen anderen Bereichen sollen der internationalen Konkurrenz ausgesetzt werden.

Die Vereinbarungen dienen dem Ziel, Handelshemmnisse im Dienstleistungs-



Zudem würde durch TiSA die Rückübernahme von privatisierten Energie- und Wasserunternehmen (Rekommunalisierung) ausgeschlossen. Eine solche Rückübernahme würde durch eine geplante Ratchet Clause (Sperre) verhindert.

Darüber hinaus sieht die Vereinbarung die Öffnung des Arbeitsmarktes für ausländische Dienstleister vor. Diese sollen berechtigt sein, ausländische Leiharbeiter beliebig für temporäre Einsätze in die einzelnen Unterzeichnerstaaten zu entsenden.

Inwieweit hierbei die arbeitsrechtlichen Standards der Einsatzländer, insbesondere auch die Minimallöhne, gewahrt bleiben müssen, ist fraglich.

Der Entwurfstext betont, dass jederzeit weitere Punkte einfliessen werden. Nach Vertragsunterzeichnung können neue Marktchancen für Unternehmen eingerichtet werden – unter Umgehung einer demokratischen Einflussnahme der Bevölkerung.

Nazmi Jakurti, Gewerkschaftsbund Oberaargau (GBO) Jörg Andres, Unia Sektion Oberaargau-Emmental



SP 60+ Oberaargau

RÜCKBLICK...

Waldarena

Anlässlich der Volksinitiative für eine öffentliche Krankenkasse, über die am 28. September abgestimmt wurde, führten wir am 5. September in Schwarzhäusern eine Waldarena durch. Über 40 Personen folgten unserer Einladung und liessen sich von SP-Ständerat Hans Stöckli informieren.

Zuvor und danach versuchten wir mit Inseraten, die Bevölkerung zu einem Ja zu bewegen. Leider haben an unseren Aktionen nicht so viele SP60+-Mitglieder teilgenommen, wie wir erhofft hatten. All denen, die uns unterstützt haben, danken wir an dieser Stelle noch einmal für ihren Einsatz. Leider sind wir mit unserem Anliegen gescheitert. Schade.



Hans Stöckli im Gespräch mit unseren Mitgliedern

... UND VORSCHAU

Dezember-Treffen

Unser nächster Anlass findet wie gewohnt ab 9.30 Uhr im Restaurant Bahnhof in Lotzwil statt. Voraussichtlich werden wir uns dem Thema "Neues Kinder- und Erwachsenenschutzrecht" und den damit verbundenen Patientenverfügungen widmen. Wir hoffen, wieder viele Ü60 begrüssen zu dürfen.

Für den Vorstand: Irmgard Bayard

AUS DEN OBERAARGAUER SP-SEKTIONEN

SP LANGENTHAL

Parteiversammlung in der IBL

"Wir behandeln an unseren Parteiversammlungen jeweils ein aktuelles Thema am entsprechenden Ort", begrüsste Stefan Ryser, Präsident der SP Langenthal, die 25 anwesenden Parteimitglieder in den Räumlichkeiten der Industriellen Betriebe Langenthal (IBL).

Im Haupttraktandum des Abends stellte IBL-

Direktor Rudolf Heiniger seinen Betrieb und die engsten Mitarbeitenden vor und erläuterte die Vor- und wenigen Nachteile einer Umwandlung von einer öffentlichrechtlichen in eine Aktiengesellschaft (mehr dazu Seite 5).



Nach einer engagierten Diskussion sprachen sich die SP-Mitglieder mit nur zwei Gegenstimmen für die Umwandlung der IBL in eine AG aus.

Für die Abstimmung über das Budget beschloss die Versammlung mit 11 Ja, gegen 6 Nein, bei 8 Enthaltungen die Stimmfreigabe. Dies vor allem, weil die vorgebrachten Argumente für eine Zustimmung oder ein Ablehnung des Budgets nachvollziehbar sind. So kann man das Budget ablehnen, weil die nötige Steuererhöhung einmal mehr nicht zur Diskussion steht, es andererseits annehmen, womit allerdings dem Antrag der FDP auf kleinliches Sparen Tür und Tor geöffnet würden. Hingegen sprachen sich die Anwesenden im Grundsatz für eine Sanierung des Stadttheaters aus (2 Enthaltungen). Dies, obwohl sich Stefan Ryser darüber mokiert hatte, dass der Gemeinderat das Geschäft zu lange unter Verschluss gehalten habe und nun die Zeit für ein vollumfängliches Studium der Akten bis zur Abstimmung von Ende November knapp werde. Mehr zählte bei den Anwesenden offenbar das Votum von Reto Müller, der das bisherige Vorgehen des Gemeinderates verteidigte.

Bei den eidgenössischen Vorlagen vom 30. November folgte die Versammlung Parolen der Mutterpartei.

Irmgard Bayard

SP ROGGWIL

Sitzgewinn im Gemeinderat und Hoffnung auf das Präsidium

Wie gewohnt betrieb die SP Roggwil als aktivste Dorfpartei einen engagierten

Wahlkampf und wurde dafür belohnt. Am Wahlsonntag wurde bekannt, dass die SP Roggwil im Gemeinderat einen Sitz dazu gewinnt und neu mit drei Personen vertreten ist. Neben den beiden Bisherigen, Hanspeter von Flüe und Marianne Burkhard, die glanzvoll wiedergewählt wurden, zieht Parteipräsidentin Yolanda Büschi neu in den Gemeinderat ein.

In den beiden gewählten Kommissionen konnten die beiden bisherigen Sitze gehalten werden. In der Bildungskommission wurden Dana Matanovic und Liselotte Gasser Schär und in der Baukommission Kurt Schönenberger und Konrad von Däniken bestätigt.

Voraussichtlich werden die Roggwiler/innen am 30.11. noch einmal an die Urne gerufen, um eine/n Gemeindepräsidenten/in zu wählen. Die SP Roggwil ist überzeugt, dass ihre Kandidatin, die aktuellen Vize-Gemeindepräsidentin Marianne Burkhard, die ideale Gemeindepräsidentin für Roggwil ist.



SP HUTTWIL

Sandra Lambroia neu im Gemeinderat

Franziska Ryser, verantwortlich für das Ressort 'Soziales, Kultur und Freizeit' hat ihren Rücktritt aus dem Gemeinderat Huttwil auf Ende 2014 eingereicht. Ihr Beruf als Leiterin der Spitex Oberes Langentental lässt sich nicht länger mit ihrem Amt vereinbaren. Die Spitex wurde anfangs 2014 in eine AG umgewandelt und plant das Gebäude an der Spitalstrasse zu kaufen, in welchem sie ihren Stützpunkt hat. Dies alles bedeutet einen grossen Mehraufwand für die Betriebsleitung. Auch im Gemeinderat wurde die Arbeit durch die Auslagerungen im Bereich Soziales nicht weniger. Franziska wurde reichlich eingedeckt mit Aufgaben aus anderen Ressorts: Der

ganze Bereich Kultur, das Beitragskonzept, die Bundesfeier, der Slowfox und mehr. Vor allem die häufigen Repräsentationen an den Wochenenden machen ihr zu schaffen. Der Rücktritt von Franziska nach sechs Jahren wird von allen Seiten sehr bedauert.

Der erste und einzige Ersatz auf unserer Wahlliste ist Hannes Rettenmund. Er hat leider abgelehnt, und wird nicht Gemeinderat. Hannes ist Student der Betriebswirtschaftslehre in Bern und steht vor den Prüfungen zum Bachelor. Wie und wo es danach mit dem Studium weitergeht steht noch nicht fest. Gestützt auf das Wahlreglement wurde die SP Sektion Huttwil aufgefordert, einen Ersatz für den freiwerdenden Sitz zu nominieren.

A m 30. September konnte die Sektionsversammlung ihr Mitglied Sandra Lambroia als Gemeinderätin nominieren. Sandra arbeitet seit über 15 Jahren im Gesundheitswesen. Seit ein paar Jahren arbeitet sie bei der Spital Region Oberaargau AG (SRO AG), wo sie verantwortlich ist für die Qualitätssicherung und für die HasliPraxis AG,



die grösste Oberaargauer Hausarztpraxis. Sie hat an der Universität Bern Betriebswirtschaft und Soziologie studiert, ist verheiratet und Mutter dreier Kinder.

Am 13. Oktober hat der Gemeinderat die Wahl bestätigt. Damit ist die SP mit Adrian Wüthrich und Sandra Lambroia

weiterhin als einzige Ortspartei mit einer Frau im Huttwiler Gemeinderat vertreten. Dass es uns gelungen ist, unsere Wahllokomotive Franziska Ryser einfach so mit einer weiteren beeindruckenden Fachfrau zu ersetzen, erfüllt uns mit Stolz. Der Zufall und das Glück haben uns sehr geholfen, das werden wir aber nicht unbedingt heraus posaunen.

Martin Stuker, Präsident SP Huttwil

SP MELCHNAU

Nicht mehr im Gemeinderat

Lange waren sämtliche Ortsparteien sowie eine politisch unabhängige Gruppe damit beschäftigt bereitwillige und geeignete Kandidaten und Kandidatinnen für die

Gemeindewahlen zu suchen. Zuerst schien es nicht einfach diese zu finden, doch bei Eingabefrist standen doch noch 36 Kandidaten und Kandidatinnen von 5 Parteien zur Verfügung. Ein Viertel von ihnen waren bisheriae Behördenmitalieder und die Restlichen interessierten sich neu für ein Amt in der Gemeindebehörde. Die SP Melchnau mit ihren 12 Mitaliedern reichte eine Liste mit 6 Kandidatinnen und Kandidaten - mit zwei Frauen und vier Männern ein. Leider erhielt die SP nicht genügend Parteistimmen, um sich wieder einen Gemeinderatssitz zu sichern. Wenn 5 Parteien um 4 Sitze kämpfen, muss eine über die Klinge springen. Nichtsdestotrotz brachte die SP freundliche Wählerschaft den bisherigen parteilosen Kandidat Armin Leibundaut mit der höchsten Stimmenzahl wieder in die Schulkommission. Beatrice Trösch wurde als bisheriges SP Mitglied mit einem ebenfalls sehr guten Resultat wieder in die Finanzkommission gewählt. Die Stimmbeteiligung betrug etwas über 40%.

Andreas Bosshard, Präsident SP Melchnau

SP-NAHE VEREINE

EISENBAHNER-SPORTVEREIN

Vereinsjass

Am Samstag, 25 Oktober, trafen sich die Mitglieder des Eisenbahner Sportvereins im Gasthof zum Wilden Mann in Aarwangen zum Vereinsjass. Nach konzentriertem aber gemütlichen Spiel wurde Walter Schütz zum Sieger erkoren.



NATURFREUNDE

Naturfreunde-Programm 2015

Die Naturfreunde Langenthal haben ein abwechslungsreiches Programm für 2015 erstellt. Ein Höhepunkt ist dabei die 3-Etappenwanderung von Aarwangen zum Oberbühlknubel an Pfingsten. Aber auch ein Industrielehrpfad, ein Sauriermusem, der Kunstweg in Melchnau, die neue Brücke über die Tamina u.v.a. werden die Naturfreunde Langenthal besuchen. Dazu kommen regionale Anlässe wie z.B. die Hüttenchilbi und der Fackelzug vom Ahorn zum Ämmitalhus. Knackige Bergtouren, ebenfalls regional organisiert, gehören ebenfalls dazu. Überhaupt steigt in unseren Sektionen der Druck, regional zusammenzuspannen. Wir spüren alle die zunehmende Überalterung. So haben wir Langenthaler beschlossen, den Lottomatch, welcher 2015 an der Reihe gewesen wäre, nicht mehr durchzuführen. Die Leute gehen uns aus! Wir sind gerne bereit, jungen und ideenreichen neuen Leuten Spielraum bei uns einzuräumen. Komm doch einfach einmal eine a n unserer Monatsversammlungen (1. Mittwoch im Monat, 20:00 Uhr im Neuhüsli).

GBO-RENTNER/INNEN-WANDERGRUPPE

Wandern heisst: Die Natur langsam erleben

Jeden Mittwoch um 12.40 Uhr treffen sich beim Bahnhof Langenthal die Wanderfreudigen des GBO. Einmal im Jahr gehen sie in den Wald und bräteln.

Interessierte sind in der Gruppe willkommen.

IN EIGENER SACHE

Gesucht: RotSPecht Verträger/in

Alle wissen, dass wir den RotSPecht in der Stadt selber verteilen. Dazu haben wir Langenthal in 14 Kreise aufgeteilt. Ab Neujahr fehlt uns in einem Kreis die Verträgerin oder Verträger. Wer übernimmt diese Aufgabe? Es bedeutet 4 Mal pro Jahr in einem Quartier 1-2 Stunden von Briefkasten zu Briefkasten marschieren. Interessierte melden sich bei Res Ryser, Tel. 062 922 69 88.

BEIFANG DES POL. ALLTAGS

"Was ist der Unterschied zwischen einer Kiwi und der Ecopop-Vorlage? Die Kiwi ist innen grün und aussen braun. Bei der Ecopop-Vorlage ist es umgekehrt."

DENKSPORT

AGENDA / IMPRESSUM

AGENDA

November 2014

11.11. SP Roggwil Parteiversammlung

22.11. 16. Stadtlauf Langenthal

23.11. Naturfreunde Langenthal Spieltag Oberönz

30.11. ESV Langenthal Chlous-Plausch Schützenstube L.thal

29./30.11. SP Roggwil Wahl um das Gemeindepräsidium

29./30.11. ABSTIMMUNGSWOCHENENDE

Dezember 2014

03.12. Naturfreunde Langenthal Monatsversammlung Neuhüsli

05.12. SP 60+ Oberaargau Versammlung Rest. Bahnhof Lotzwil 9.30 Uhr

03.12. Naturfreunde Langenthal Chlousehöck Gruebehüttli

12. - 14.12 Weihnachtsmarkt Stadt Langenthal

Januar 2015

02.01.15	Naturfreunde Langenthal	Neujahresanlass
17.01.15	ESV Langenthal	Generalversammlung 2015
18.01.15	Naturfreunde Langenthal	Schneeschuhwanderung Jura
31.01.15	SP Oberaargau	regionaler Nominations-Parteitag

Februar 2015

04.02.15.	Naturfreunde Langenthal	Monatsversammlung Neuhüsli
13.02.15	SP Roggwil	Hauptversammlung
08.02.15	Naturfreunde Langenthal	Schneeschuhwanderung Oberland

Die meisten Sektionen und Vereine hatten ihre Jahresplanung 2015 bei Redaktionsschluss noch nicht fertig. Wer aktuellere Daten braucht, soll sich doch im Internet oder bei den Präsidenten direkt erkunden. Wem im Rotspecht jeweils Daten fehlen, soll sich doch bei der Redaktion melden.

Noch nicht SP-Mitglied?

Ich interessiere mich für die SP Bitte senden Sie mir Unterlagen

Name / Vorname

Strasse....

PLZ / Wohnort....

Tel./ E-Mail....

Datum / Unterschrift....

einsenden an:

SP Sektion Langenthal

Postfach

4901 Langenthal

E-Mail: info@sp-langenthal.ch

IMPRESSUM

ROTSPECHT, das Informationsblatt der SP Langenthal, www.sp-langenthal.ch **Beteiligte Vereine**: Eisenbahner-Sportverein, Gewerkschaftsbund, Naturfreunde, Rentnerinnen- und Rentnergruppe GBO, SATUS Turnverein, SP60+, Horizont

Erscheinungsweise: 4x jährl.,

Auflage: 1'450 Ex.

Nächster Redaktionsschluss: 04. Februar 2015

Druck: Mühlheim, Bützberg

Redaktion: Priska Grütter, Ringstrasse 31,

4900 Langenthal priska_gruetter@gmx.ch

Mitgemacht haben:

Priska Grütter Adrian Wüthrich
Stefan Ryser Valerio Moser
Pierre Masson Samuel Köhli
Irmgard Bayard Paul Bayard
Nazmi Jakurti Jörg Andres
Martin Stuker Andreas Bosshard

Mieterinnen- und Mieterverband

Kanton Bern Monbijoustrasse 61 3007 Bern Beim Mieten und Wohnen sind wir für Sie da!



Sinnvoll investierte CHF 90.— pro Jahr. Werden Sie Mitglied: mv@mvbern.ch